

Bewerbung um die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Heidelberg

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich bei Euch, den grünen Mitgliedern im Wahlkreis Heidelberg, um die Bundestagskandidatur. Ich möchte euch davon überzeugen, dass ich für die Listenaufstellung, den Wahlkampf und nach einer hoffentlich erfolgreichen Wahl auch als Eure Abgeordnete im Bundestag die richtige Mischung aus Erfahrung, Leidenschaft und Ideen mitbringe.



Politik, das fing bei mir wie bei vielen andern schon in der Schule und in der Familie an. Als Teenie habe ich im Landes- und Bundesvorstand der Grünen Jugend manches über das Innenleben unserer Partei kennengelernt. Die theoretische Seite der Politik habe ich im Studium der politischen Wissenschaften in der Rhein-Neckar-Region, Paris, Oxford und New York durchdrungen. Die praktische Seite versuche ich seit drei Jahren in Brüssel und Straßburg grün zu gestalten. Selbst politische Gegner bescheinigen mir, dass ich Brücken schlagen und Sachkoalitionen schmieden kann. So sind fraktionsübergreifend spektakuläre Parlamentsaktionen in der Frauenpolitik gelungen, so wurde neuartiges Konfliktmanagement im Europäischen Auswärtigen Dienst verankert.

Genau so versuche ich, den Menschen aus der Metropolregion Rhein-Neckar verständlich zu machen, dass viel mit ihnen und ihrem Alltag zu tun hat, was in Europa geschieht, und dass auch sie darauf Einfluss nehmen können. Das fängt bei einer Konferenz „Essen für alle“ zur Agrarreform an, geht bei einer Veranstaltung zur Bewerbung von Mannheim und der Region als „Kulturhauptstadt“ weiter und hört bei unserer in Heidelberg gestarteten Initiative für Azubi-Austausch noch lange nicht auf.

Lokal, regional, national, europäisch und international zu verbinden, das ist mein Herzensanliegen und die Grundlage meines grünen Politikverständnisses. Die Menschen sind da oft weiter, als wir denken. So bin ich immer wieder fasziniert, wie sehr sie sich bewegen lassen von den Geschehnissen um den „Arabischen Frühling“, aber auch, wie bereit sie sind, Städtepartnerschaften mit neuem Leben zu füllen oder die Europäische Charta für Gleichberechtigung für sich in ihrer Kommune zu nutzen. Und fast selbstverständlicher als nationale Interessensvertretungen erkennen sie, wie wichtig internationales Handeln für eine neue Energiepolitik ist und dass Umweltbelange und Wirtschaftskrisen ohnehin nicht mehr national zu bewältigen sind.

Doch dieses Zusammenwachsen zum „globalen Dorf“ ist bedroht. Das Europa, das für Frieden und Freiheit steht, ist gefährdet. Neue Gräben haben sich aufgetan, die Grundfesten sind erschüttert und müssen von unten wieder aufgebaut werden. Die Weichen für Europas Zukunft - und damit unser aller Zukunft in einer globalen Welt - werden in den kommenden Jahren in den nationalen Hauptstädten und besonders in Berlin gestellt. Und da würde ich gerne für Heidelberg und den Wahlkreis meinen Teil dazu beitragen.

Wir haben als die Europapartei in dieser Krise zu viel Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten genommen. Auf Befindlichkeiten, die das Rad dahin zurück drehen wollen, wohin es ohnehin nicht mehr geht. „Wir wollen nicht für das unsolide Wirtschaften der Griechen haftbar gemacht werden“, heißt es da. In vielen Diskussionen habe ich auch in unseren eigenen Reihen Unsicherheit bei diesem Thema gespürt. Und das ist verständlich. Unsere Aufgabe als Grüne ist es zu erklären, warum Deutschland sich finanziell einbringen muss – im eigenen Interesse. Unsere heimische Exportindustrie braucht den Euro. Weil es viel teurer ist, nicht für die Griechen zu zahlen. Weil Deutschland im 21. Jahrhundert zu klein ist, um ohne Europa mit China und den USA um die Gestaltung der globalen Ordnung zu ringen. Aber gleichzeitig müssen wir auch die aktuelle Europapolitik kritisieren. Weil die deutsche Regierung mit dem reinen Spardiktat, ohne gleichzeitige Zukunftsinvestitionen, Europa nicht aus der Krise bringt. Weil die Europäische Zentralbank nichts mehr benötigt, um die Krise effektiv zu bekämpfen, außer dem deutschen Einverständnis, dass sie als „lender of last resort“ die Staatsanleihen in Europa garantieren kann. Weil die Zukunft nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Demokratie auf europäischer Ebene zu gestalten ist.

Wir haben als Grüne Fraktion im Europaparlament und in den Wahlkreisen für diese Sicht auf die Krise und den europäischen Ausweg geworben. Ich bin in unserer Metropolregion mit dieser Politik des Erklärens und des Gesprächs auf große Resonanz gestoßen. Doch ist mir dabei schmerzlich bewusst geworden, wie konsequent und erfolgreich die Regierungen das Europaparlament bei der Krisenbewältigung außen vor halten.

Die Zeit des Europaparlamentes kann erst kommen, wenn in den kommenden Jahren die richtigen Weichen für die Zukunft Europas gestellt sind. Dabei wird die nächste grüne Bundestagsfraktion eine maßgebliche Rolle spielen, weil wir die deutsche Position wesentlich mitprägen. Deshalb möchte ich meine Leidenschaft, meine regionalen und internationalen Erfahrungen und meine Expertise für Europa in der kommenden Legislaturperiode im deutschen Parlament einbringen.

Am Aufbau des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union habe ich im Parlament gestaltend mitwirken können. Auch in diesem Schwerpunktfeld sehe ich im Fall der erhofften Regierungsbeteiligung viele Aufgaben und Chancen im Bundestag. Meine Schwerpunkte sind weiterhin Frieden, Menschenrechte und Frauenrechtspolitik. In Nordafrika sieht frau, wie das alles zusammen gehört. Nach vier Jahren Niebel und Westerwelle ist gerade das, was grüne Außenpolitik auszeichnet, stark beschnitten worden und braucht einen neuen Anlauf: Zivile Konfliktprävention, und die von Grünen initiierten Strukturen dafür, und eine verantwortungsvolle und trotzdem kritische Bündnispolitik wie sie Joschka Fischer vorgezeichnet hatte. Auf die Auseinandersetzung mit Herrn Niebel im Wahlkampf freue ich mich schon.

Auch bei der Frauenrechtspolitik innerhalb der EU und Deutschlands wird es in der nächsten Legislaturperiode spannend: Bei der von EU-Kommissarin Viviane Reding angekündigten EU-weiten Frauenquote wird es darauf ankommen, ob Berlin blockiert oder voranschreitet, ebenso wie beim Thema Lohngleichheit zwischen Frau und Mann. Das ist auch gerade in unserer Region ein wichtiger Faktor. Denn hier wimmelt es von Menschen, die sich da einen politischen Neuanfang sehnlichst wünschen.

Die Rhein-Neckar-Region ist mir in meiner Zeit als Abgeordnete vertraut geworden und ich habe sie lieb gewonnen. Ob nun in Speyer gegen einen sinnlosen Flughafen, in der Pfalz für die Ökowinzer, in Weinheim für Gleichberechtigung, in Ladenburg für die gentechnikfreie Region oder in Heidelberg für die Rettung der Ess-Störungs-Homepage von LuCa – ich habe mich für die Region eingesetzt und als grüne Ansprechpartnerin in Brüssel für Initiativen vor Ort gearbeitet.

Ich habe erkannt, welch großes Entwicklungspotenzial hier vorhanden ist, wie viel wir durch regionale Zusammenarbeit erreichen können und wie schön es hier am Ufer von Rhein und Neckar ist. Was mir im Markgräfler Land der Kaiserstuhl war, ist mir nun der Königstuhl – und während der Kaiser zu Fuß gehen muss, gibt es für den König sogar die Bergbahn. Ich fühle mich in Heidelberg wohl, diese Stadt und ich, wir passen zusammen, und es hat ja wohl auch Gründe, warum Tübingen und Freiburg oft im gleichen Atemzug mit Heidelberg genannt werden – natürlich an zweiter oder dritter Stelle.

Wahlkreisarbeit ist für mich keine Nebensache, sondern gleichwertiger Teil und wichtige Impulsquelle der Abgeordnetentätigkeit. Im Europäischen Parlament war mir die Anbindung an die Menschen vor Ort so wichtig, dass ich mit anderen Abgeordneten eine Initiative gestartet habe, die Zahl der Parlamentswochen zu Gunsten der Wahlkreiswochen zu reduzieren. Und diese Initiative war erfolgreich: Statt vier sind die europäischen Abgeordneten nun sieben Wochen im Jahr in ihren Wahlkreisen. Auch das „Raumschiff Berlin“ kann man nur richtig steuern, wenn man immer wieder im Wahlkreis spürt, was die Leute bewegt und sich zum Sprachrohr ihrer Anliegen macht.

Ich möchte mich im Bundestag und auf Bundesebene für die Anliegen Heidelbergs, Weinheims und des gesamten Wahlkreises stark machen. Ein wichtiges Zukunftsthema ist die Konversion der freiwerdenden US-Flächen. Eigentümer der Flächen ist der Bund, genauer die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Viel wird in Heidelberg, aber auch in Schwetzingen und Mannheim, davon abhängen, unter welchen Konditionen und mit welchen Zielen sie die Flächen verkaufen wird. Ich meine, wir sollten als Grüne auf allen Ebenen daran arbeiten, dass die Städte in den Besitz dieser Flächen gelangen. Dabei kommt es auf den Bund und dessen Verkaufspolitik so sehr an wie auf die Kommunen und deren Bereitschaft, sich aktiv zu engagieren. Lebendige Stadtquartiere entstehen eher mit städtischer Steuerung als durch langweilige Investorenarchitektur und Verwertungsmodelle.

Noch immer ist unklar, wie es mit der Neubaustrecke zwischen der Rhein-Neckar-Region und dem Rhein-Main-Gebiet weiter geht. Es ist ein Trauerspiel, dass derzeit nicht absehbar ist, ob in diesem Jahrzehnt überhaupt mit dem Bau begonnen werden kann. Ich will eine starke Stimme für die ICE-Anbindung der Region sein, denn diese Aufgabe ist leider noch lange nicht abgehakt.

Sowohl beim Thema Konversion als auch bei der ICE Strecke wird klar, wie wichtig die Kooperation in der Region ist. Dafür werde ich auf das dichte Netz von Gesprächspartnern und Multiplikatoren in der Region aufbauen, das ich in den letzten Jahren knüpfen konnte.

Den Rechtsanspruch auf einen Kleinkindbetreuungsplatz auch durchzusetzen, wird sogar nach 2013 noch ein echter Kraftakt. Auch in Heidelberg, wo der Bedarf besonders groß ist. Natürlich muss das gelingen, aber wer die Mitteilungen des Städtetags liest, weiß, dass das in kaum einer Kommune der Fall sein wird. Es reicht eben nicht, im Bund mal eben ein Gesetz zu beschließen. Man muss auch die finanziellen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Zumindest für das

Geld können wir sorgen, indem wir die 1,2 Milliarden Euro, die für die Herdprämie vorgesehen sind, in den Kita-Ausbau investieren. Das scheint ja mittlerweile sogar einigen bei der CDU zu dämmern.

Natürlich werde ich wie alle Abgeordneten die Sitzungswochen in Berlin verbringen. Aber die Zeit, die ich zur Verfügung habe, bin ich für Euch da. Ich will mich voll und ganz in den Kreisverbänden und in die grüne Politik vor Ort einbringen. Nach außen als Repräsentantin, nach innen als Gesprächspartnerin und Unterstützung dafür, dass die Kreisverbände auch in Zukunft stark und lebendig bleiben!

Eure

A handwritten signature in cursive script that reads "Franziska".

Franziska Brantner